

Unnötig? Oder moralisch das einzig Richtige?

🕒 Lesezeit: 5 Minuten



Bild: Keystone

Die Würde von Nutztieren nicht länger missachten, die industrielle Tierproduktion abschaffen: Das will die Massentierhaltungsinitiative, über die wir am 25. September abstimmen. Die wichtigsten Fragen und Antworten dazu.

Von **Anina Frischknecht**

Veröffentlicht am 1. September 2022 - 21:56 Uhr

Sollen alle Tiere in der Schweiz nach dem Bio-Standard leben? Wie viel Fleisch soll die Schweiz produzieren? Und muss es teurer werden, damit weniger davon gegessen wird?

Ja, sagen die Befürworter. Die «Heidiland-Tierhaltung» sei ein Mythos. Tierprodukte stammten immer häufiger von industriellen Grossbetrieben, welche die Würde der Tiere systematisch missachteten.

Nein, sagen die Gegner. Die Initiative sei unnötig, weil die Schweiz bereits heute das strengste Tierschutzgesetz der Welt habe und sich alle, die das wollen, Bio-Produkte kaufen können.

Am 25. September wird darüber abgestimmt.

Die wichtigsten Fragen und Antworten

Worüber stimmen wir ab?

Wie leben die Nutztiere in der Schweiz heute?

Was wollen die Initianten ändern und warum?

Wer unterstützt die Initiative?

Und was sagen die Gegner?

Worüber stimmen wir ab?

In spätestens 25 Jahren sollen alle Kühe, Schweine und Hühner zu Bedingungen gehalten werden, die mindestens den Richtlinien von Bio Suisse aus dem Jahr 2018 entsprechen. Das fordert die Initiative zur Massentierhaltung.

Erreichen will sie das mit einer Verfassungsänderung. Der Bund soll die Würde des Tieres in der landwirtschaftlichen Tierhaltung schützen und Kriterien für eine tierfreundliche Haltung und Pflege, den Zugang der Tiere ins Freie und eine schonende Schlachtung festlegen, fordern die Initianten.

Auch soll der Bund bestimmen, wie viele Tiere höchstens zusammen in einem Stall untergebracht werden dürfen. Und es sollen keine Tiere und Tierprodukte mehr importiert werden dürfen, die mit in der Schweiz verbotenen Methoden produziert worden sind.

Umfrage

Wie leben Nutztiere in der Schweiz heute?

Laut dem Bundesamt für Statistik gab es in der Schweiz 2021 rund 1,5 Millionen Rinder, gegen 1,4 Millionen Schweine und 12,6 Millionen Hühner. Verteilt auf knapp 49'000 Landwirtschaftsbetriebe, 7670 davon Bio-Betriebe.

Die Tiere leben unter einem der strengsten Tierschutzgesetze weltweit. Es gibt Vorschriften zu Fütterung und Betreuung und zu den Lichtverhältnissen im Stall.

Und eine Höchstbestandesverordnung im Landwirtschaftsgesetz legt fest, wie viele Tiere einer Art pro Betrieb gehalten werden dürfen:

Konventionelle Masthuhn-Betriebe dürfen maximal 27'000 Tiere halten,

Legehennen-Betriebe bis zu 18'000.

Bei Mastschweinen liegt die Obergrenze bei 1500 Tieren,

bei Mastkälbern bei 300.

Für Bio-Betriebe gelten andere Bestimmungen.

Was wollen die Initianten ändern und warum?

Lanciert hat die Initiative der Verein Sentience Politics (kurz: Sentience). Er kritisiert, dass das geltende Tierschutzgesetz nicht ausreicht, um drastische Einschnitte in das Wohlbefinden und die Würde der Tiere zu verhindern. Das zeigten die heutigen Zustände.

Allein im letzten Jahr seien 80 Millionen Tiere zur Fleischgewinnung gemästet und getötet worden, sagen die Initianten. Und weil immer weniger Landwirtschaftsbetriebe immer mehr Tiere halten, wirke sich das negativ auf das Tierwohl aus. Ein Grossteil der Tiere fristeten ihr kurzes Leben in grossen, fabrikähnlichen Mastbetrieben. Die Initiative fordert deshalb das Ende der industriellen Tierproduktion in der Schweiz.

Das nütze nicht nur den Tieren, sondern auch den Landwirten. Sentience ist überzeugt, dass die Initiative den Weg hin zu einer zukunftsfähigen Landwirtschaft weise. Bereits jetzt bewiesen die meisten Schweizer Betriebe tagtäglich, dass eine ressourcenschonende und tierfreundliche Produktion eigentlich möglich sei.

Mehr Auslauf für alle – das ist die wichtigste Forderung der Initiative. Heute verbringen 92 Prozent aller Masthühner ihr Leben in Hallen, zusammen mit 27'000 anderen Hühnern, ohne jemals den Himmel zu sehen, sagen die Initianten.

Künftig sollen alle Hühner in Gruppen von höchstens 2000 Hühnern leben und Zugang ins Freie erhalten. Dafür müssten, laut dem Bundesrat, etwa 900 Betriebe mit Geflügelmast ausbauen.

Aber auch Landwirte mit Schweinen, Kühen oder Rindern müssten die Zahl ihrer Tiere verkleinern und ihnen mehr Auslauf ermöglichen. Bei den Schweinen habe heute nur die Hälfte Zugang ins Freie, und sie lebten oft in Gruppen von 1500 Schweinen zu zehnt auf

der Fläche eines Parkfelds. Auch Rinder würden heute in zu grossen Gruppen mit zu wenig Auslauf gehalten.

Gemäss dem Bundesrat wären 3000 Betriebe von den neuen Höchstbeständen betroffen. Das sind fünf Prozent aller Betriebe, die Tierprodukte produzieren. Und ungefähr 17'000 Bauernbetriebe würden heute nicht erfüllen, was die Initiative beim Freilauf verlangt. Sie müssten umgebaut werden – dafür haben sie 25 Jahre Zeit.

Hauptziel der Initiative: den Tierbestand in der Schweiz deutlich zu senken. Das Fleisch würde teurer werden, der Konsum abnehmen. Und um zu verhindern, dass Konsumenten auf billigere Produkte aus dem Ausland ausweichen, haben die Initianten eine Importklausel in den Initiativtext geschrieben. Diese verlangt die strengen Vorgaben auch für importierte Produkte. Offen ist, wie das umgesetzt würde.

Schmerzhaft wären die Folgen der Initiative für die Hauptprofiteure des heutigen Systems: Futtermittelfabrikanten und -händler sowie Grossverteiler wie Micarna und Bell mit ihren Schlachthöfen und Fleischverarbeitungsbetrieben.

Wer unterstützt die Initiative?

Die Initiative ist zwar in Tierschutzkreisen lanciert worden. Aber sie stellt auch die Frage, ob und wie die Schweiz beim Essen Umwelt- und Klimapolitik machen will.

Deshalb empfehlen auch die Umweltverbände Greenpeace und Pro Natura ein Ja. Die Fleischproduktion müsse auf ein umweltverträgliches Niveau gesenkt werden, sagen sie. Weil in der Schweiz zu viele Tiere auf zu kleinem Raum gehalten würden, seien Moore und andere Lebensräume überdüngt, und das befeuere den Verlust von Tier- und Pflanzenarten und schade dem Klima.

Greenpeace bildet zusammen mit der Fondation Franz Weber und «Vier Pfoten» die Trägerschaft der Initiative. Unterstützt wird sie unter anderem vom Schweizer Tierschutz, von der Stiftung für das Tier im Recht sowie von der Nonprofit-Organisation Kag Freiland.

Im Parlament haben Grüne, SP und Grünliberale für die Initiative gestimmt. Auch die Vereinigung der Kleinbauern unterstützt die Initiative. Denn von einer «Klasse statt Masse»-Strategie beim Fleisch würden alle profitieren: die Tiere; die Konsumenten, weil es gesund sei, weniger Fleisch zu essen, und weil der Einsatz von Antibiotika mit mehr Bio sinke; aber auch die Bauern, weil ihre Produkte wertvoller würden.

Und was sagen die Gegner?

Die Initiative sei unnötig, sagt der Schweizer Bauernverband. Die Schweiz habe bereits heute das strengste Tierschutzgesetz der Welt. Wer Bio-Fleisch kaufen wolle, könne das tun – aber das Angebot übersteige regelmässig die Nachfrage. Es sei unehrlich, sagt der Verband, an der Urne mehr Tierschutz zu fordern, aber dieses Fleisch im Laden dann nicht zu kaufen, weil es zu teuer sei.

Und es sei aufgrund der raumplanerischen Vorgaben kaum mehr möglich, Ställe zu vergrössern oder neue zu bauen. Es wird deshalb erwartet, dass bei einer Annahme der Initiative viele Landwirte die Tierhaltung aufgeben. Der Verband warnt zudem, dass die Initiative zu mehr Einkaufstourismus führen werde, weil in der Schweiz die tierischen Lebensmittel um 20 bis 40 Prozent teurer würden.

Auch der Bundesrat empfindet den Bio-Standard für alle als zu drastisch. SVP, FDP und Mitte bekämpfen die Initiative zusammen mit den Wirtschaftsverbänden. Das Tierwohl werde von der Politik schon über finanzielle Anreize bei den Direktzahlungen gefördert. Zudem sei die Würde des Tieres bereits auf gesetzlicher Stufe geschützt. Einen neuen Artikel in der Verfassung brauche es nicht.

Überraschende Kritik an der Initiative kommt derweil aus dem radikaleren Tierschutzlager. So geht die Initiative sowohl der Tierschutz-Organisation Swissveg als auch dem Verein gegen Tierfabriken zu wenig weit. Beide kritisieren, dass die Initiative suggeriere, dass es unter dem Bio-Label keine Massentierhaltung geben würde. Das sei falsch. Deshalb würde auch der geforderte Bio-Standard den Tieren keine ausreichende Verbesserung bringen, sondern die «Bio-Lüge» weiter zementieren.

«Wir tragen Verantwortung für die Tiere, die wir essen»

Die Annahme der Massentierhaltungsinitiative schлüge Konsumentinnen und Konsumenten auf das Portemonnaie.

Wären Sie gewillt, für mehr Tierwohl zu bezahlen? Ein Kommentar von Beobachter-Redaktor Raphael Brunner. Quelle:

Beobachter Bewegtbild